

Was ist in den letzten beiden Februar Wochen geschehen

Termin 6.3.2023 19 Uhr Podiumsdiskussion in der Aula der VHS

Die SPD, Herr Allers möchte, dass es mehrere **Parks in der Innenstadt** gibt. Einer hinter der großen Kirche mit einem Spielplatz, einer auf der Fläche des alten Finanzamtes.

Am 17.2.23 berichtet die NZ, dass **Frau Bitti** von der Stadt über die BIS als Innenstadtmanagerin mit erweiterten Befugnissen und Mitarbeitern eingestellt wurde. Kam durch eine Initiative der SPD mittels Dr. Meyer zustande. Am 24.2.23 berichtet dazu NZ Herr Gehrke, wie denn nun das Programm aussehen soll, dass von Frau Bitti verwirklicht wird.

Frau Bitti wird sich am **27.3.2023 um 19 Uhr** bei der Stadtteilkonferenz Mitte in der Quartiersmeisterei in der Alten Bürger in ihrer neuen Funktion vorstellen

In der FAZ wird berichtet:

„Vollbremsung von Freiheit ist zu verhindern“

Fordert, den Übergang zur Klimaneutralität früh genug einzuleiten: Gabriele Britz Bild: Picture Alliance

Bundesverfassungsrichterin Prof. Dr. Gabriele Britz, Richterin beim 1. Senat, spricht im Interview über die Herausforderungen des Klimaschutzes. Die Aufgabe der Politik sei es, jetzt zu handeln, um die Freiheit zukünftiger Generationen zu sichern.

Klimaschützer haben nach dem Klimabeschluss von 2021, der als bahnbrechend bewertet wurde, mehrere Niederlagen in Karlsruhe erlebt. Zuletzt scheiterte eine Verfassungsbeschwerde, mit der ein bundesweites Tempolimit erzwungen werden sollte, bereits in einer Kammer des Gerichts. Ist Karlsruhe beim Klimaschutz wieder zurückgerudert?

Nein, gar nicht. 2022 kamen noch zwei Entscheidungen des ganzen Senats zu Windenergieanlagen. Wenn Sie in Sieg und Niederlage einteilen, können Sie beide Beschlüsse als Sieg für den Klimaschutz verbuchen. Die verfassungsrechtlichen Klimaschutzverpflichtungen gelten ja unverändert. **Ganz gerafft bedeutet das:** Die Politik muss erstens auf Treibhausgasneutralität hinarbeiten, und zwar auch international. Dazu ist sie nach dem **Klimaschutzgebot des Grundgesetzes** verpflichtet. Der zweite Pflock sind die Grundrechte als staatliche Schutzpflichten: **Um die Bürger vor den gefährlichen Folgen des Klimawandels zu bewahren, muss die Politik den Ausstoß von Treibhausgasen begrenzen und außerdem Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels ergreifen.** Und drittens muss der Gesetzgeber für einen schonenden Übergang zur Klimaneutralität sorgen, damit es nicht zu einer Freiheits-Vollbremsung kommt.

CDU-Herr Raschen sagt vor der STK Geestemünde am Donnerstag, 16.2.23, 80-90% aller städtischen Straßen hätten schon Tempo 30. Hauptstraßen mit ÖPNV müssten aber weiterhin 50 km/h erlauben. Warum haben die Deichstraße, an der Mühle und Georg-Seebeck-Str., alle ohne ÖPNV, und auch keine Hauptstraßen, weiterhin Tempo 50, die Deichstr. sogar mit schützenswerten Einrichtungen? Die Deichstraße ist eine der Straßen mit stärkster Wohnbebauung in der Stadt, allein fünf Hochhäuser, sehr viele 4stöckige Gebäude, dazu Horte, Schulen und Altenheime.

Weiter sagt er, ca. **60% aller Arbeiter, die im Hafen tätig sind, kommen aus dem CUX-Bereich** und deshalb habe man mit dem ÖPNV Probleme. Dann muss man in Zusammenarbeit mit den Gemeinden des „Speckgürtels“ ein ÖPNV Angebot schaffen. Diese Arbeitnehmer zahlen ihre Lohnsteuern im

Landkreis und die **Bremerhavener Bürger sind nicht mehr bereit, dafür ihre Leidensfähigkeit auszubauen.**

Wir als Bürger müssen auch nicht dafür sorgen, dass die „auswärtigen Arbeiter“ hier möglichst schnell in die Stadt rein- und rausfahren können. Darunter leiden die Stadtbewohner und die ländlichen Arbeitnehmer machen es sich in den Vorortgemeinden schön? Das kann es nicht sein. Die Weserstraße, die Spadener Straße, der Schiffdorfer Damm, **diese alle einspurig**, die Langener Landstraße und der **B212 Zubringer mit der Lloydstraße/** Columbusstraße sind Einfallstore für diese Arbeitnehmer.

Herausragend die Lloydstraße als B212, die auch zusätzlich große Teile des **Schwerlastverkehrs** in die Innenstadt bis an die Fußgängerzone heran verlagert. Die Lloydstraße muss sobald der Hafentunnel fertiggestellt ist zurückgestuft werden, und es müssen im Bereich der Stadtgrenze in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Park-and-Ride Parkplätze mit ÖPNV Anschluss errichtet werden. Das werden diese Arbeitnehmer akzeptieren müssen, erstens sind sie auf diese Arbeitsplätze angewiesen und zum anderen wollen die **Stadtbewohner deren Abgase und Lärm nicht mehr hinnehmen**. So ist z. B. ganz Spaden zur Tempo 30 Zone erklärt worden. Hier benehmen sich auch alle Verkehrsteilnehmer und nehmen das als gegeben hin, warum soll das in Bremerhaven nicht funktionieren.

Wir haben kein angenehmes Stadtklima (das hatte Herr Raschen ebenfalls am 16.2.23 vor der STK Geestemünde behauptet) – viele Schiffe mit Schwerölabgasen, extrem viel Schwerlastverkehr, extrem viel Pendlerverkehr, zehntausende Taxifahrten durch Kreuzfahrttourismus.

Wo ist der Unterschied zwischen alltäglichen Straftaten/Ordnungswidrigkeiten und vorsätzlicher Luftverschmutzung und extremer Lärmbelästigung, alles sind Gesetzesübertretungen. Gegen die erstgenannten Taten wird gleich eingeschritten, bei den letzteren schreibt z. B. die wissenschaftliche Mitarbeiterin Frau Schwalm von der CDU für Herrn Raschen „**müsse man es nach Meinung der CDU in einer Stadt hinnehmen, dass starke Belästigungen durch den Verkehr auftreten**“. Nein, das muss man gar nicht hinnehmen, es ist vielmehr Aufgabe der Politiker dafür zu sorgen, dass die Bürger sich in einer lebenswerten Umwelt aufhalten können.

Original Frau **Schnittker CDU** – „Ich denke allerdings, wenn **die Verkehrswende gelingen wird**, dann wird man die Situation sicher noch einmal erneut bewerten müssen, aber **das wird aus meiner Sicht noch etwas dauern**“. Die CDU will demnach gar keine Verkehrswende, wenigstens jetzt ist das kein Thema.

Warum ist die Klimastadt Bremerhaven noch immer nicht dem **Bündnis der nun fast 500 Städte** und Gemeinden zur Verkehrswende beigetreten? Die gesamte Innenstadt muss zur durchgängigen Tempo 30 Zone werden.

Es stellt sich doch die Frage, wie es wenigstens teilweise wieder gutgemacht werden kann, was die Gesellschaft der Umwelt angetan hat.

Die B212 Lloydstraße muss auf eine städtische Straße zurückgestuft und Schwerlastverkehr verboten werden. Busverkehr raus aus der Fußgängerzone , der Kirchen- und Schleswiger Straße. **Innenstadtparken nur für Anlieger**, Auswärtige müssen in die Parkhäuser geführt werden.

Aufenthaltsqualität in der Innenstadt muss verbessert werden.

Junge Bremerhavener müssen teilnehmen können. Gleiches gilt für **Frauen**. Wo sind die Frauen in Bremerhaven? Warum gibt es keine Magistratsmitglieder, die Frauen sind?

NZ berichtet am 21.2.23 – **Leiter des Gartenbauamtes, Herr Reinecke** hat nach 30 Jahren selbst gekündigt.

Es gibt lt. Bericht der NZ am 21.2.23 nur eine **Streetworkerin, die sich um 300 Suchtkranke** bemüht

NZ Bericht am 21.2.23 - Wahlprogramm der **FDP Bremerhaven** – Die Hafenrandstraße zwischen **Autoterminal und Eckernfeld** soll gebaut werden. Sie spricht sich gegen eine Ausbildungsabgabe aus. „Wir bekennen uns klar zum Autoverkehr“ sagt der Spitzenkandidat Schäck und weiter „**es ist der beste Klimaschutz, wenn die Autos zügig durch die Stadt fahren und nicht im Stau stehen**“.

NZ 22.2.23 Leserbrief von Manuela Böschen „Warum immer schneller“ – Glücklicherweise haben wir alle die gleiche Zeit zur Verfügung, **vielleicht nutzen Sie Ihre gewonnene Zeit einmal und überlegen, warum alles immer schneller gehen muss.**

Deichstraße - Über **75% der Verkehrsteilnehmer** haben die, in dem Bereich vorgeschriebene ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h überschritten, meist im Bereich von 40-50 km/h, was ja bedeutet, dass sie einfach so weitergefahren sind, ohne sich um die Begrenzung zu kümmern. Insgesamt befuhren täglich im Durchschnitt etwa 5.000 Fahrzeuge jeder Art den Kontrollpunkt. Dabei war die maximal gemessene Geschwindigkeit 93 km/h – in der 30er Zone!!! Nachts waren die Befolgungsraten noch wesentlich schlechter als tagsüber. Vereinfacht gesagt, nachts hält man sich nicht an die Vorgaben, weil sie sowieso niemand kontrolliert. **Geheimhaltung** bei der Petitionssitzung und Stadtverordnetenversammlung.

Sie, die regierenden Parteienvertreter, haben der **Demokratie einen sehr schlechten Dienst erwiesen**, indem Sie die Bürger unnötig von der **Entscheidungsfindung vollkommen und auf allen Ebenen ausgeschlossen** haben. Dieses Vorgehen, mehrfach hinter verschlossenen Türen, eine Entscheidung zu fällen, degradiert die Bürger dieser Stadt und bestärkt in der Bevölkerung das Gefühl der **Missachtung** durch die gewählten Vertreter der Parteien. Wenn sich nun erneut mehr **Menschen von Ihnen abwenden** und vielleicht nicht mehr wählen gehen, haben Sie das persönlich zu verantworten. Aber vielleicht ist es auch genau das, was Sie bezwecken wollen, unkontrollierte Machtausübung.

Die NZ berichtet am 23.2.23 über den **ADFC** – Radwegblockaden finden besonders auch in der Deichstraße statt, also muss es dort auch einen nennenswerten Radverkehr geben. Das bestreitet nämlich die CDU (Frau Schwalm)

Durch die Politik des **CDU-Wirtschaftsministers Peter Altmeyer** wurde die in Bremerhaven ansässige Windkraftindustrie in kürzester Zeit vernichtet.

Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nicht angeschaut haben (Humboldt). Das sollte man einem Herrn Raschen sagen, wenn er uns wieder mitteilt, dass er andere Städte nicht kenne, und deren Vorgehen deshalb bei uns in Bremerhaven gar nicht relevant sei.

So fing es an: 2003 sagt Melf Grantz bei der Verabschiedung „**Volker Holm** hat als Baustadtrat in den rund 20 Jahren seiner Tätigkeit gemeinsam mit der Politik und der Wirtschaft das Bild unserer Stadt maßgeblich mit geprägt. Zu den wichtigsten Projekten, die der Baustadtrat positiv begleitet hat gehörten u. a. der Ausbau der Hauptverkehrsstraßennetzes. Eine zwei Jahrzehnte währende Tätigkeit als Bau- und auch Umweltdezernent seit 1993 bis 2003“.

Erinnern Sie sich noch? In den 1980er Jahren hatten wir noch eine funktionierende Innenstadt mit einer großen Auswahl an Geschäften. Am Niedergang ist nicht nur das Internet schuld.

Holm (CDU) war dafür verantwortlich, dass der Autobahnzubringer Mitte **den Verkehr direkt dreispurig in die Stadtmitte brachte**. Schwerlastverkehr für den Hafen suchte sich seitdem genau diesen Weg und zerstört zusammen mit dem Allgemein-Verkehr das gesamte Umfeld. Busse fahren auch von hier in die Fußgängerzone weiter in die Kirchenstraße und Schleswiger Str. Das Wohnumfeld wandelte sich in allen betroffenen Zonen. Die, die es konnten, gingen weg und die schlecht vermietbaren Wohnungen wurden vernachlässigt, Läden konnten nur noch an Pächter vergeben werden, die wenig zahlen wollten, denn „gute Geschäfte“ fanden in dieser Umgebung keine Käufer mehr. Über die Jahre hat sich diese negative Entwicklung ausgehend von der Lloydstr. In Richtung Theaterplatz weiter entwickelt.

Die Innenstadt steckt in einer **Verkehrszange – Lloydstraße – Columbusstraße/Barkhausenstraße – Deichstraße**. Die Deichstraße mit der wohl höchsten Wohnbebauung, 5 Hochhäuser zahllose 4stöckige Häuser mit hunderten Wohnungen, dazu Schulen, Kinderhorte und Altenheime, wird von der FDP nicht als Wohngebiet angesehen, sondern als Mischgebiet, das man verkehrstechnisch nicht schützen will. Die CDU will Maßnahmen erst nach einer Verkehrswende ergreifen, die man jetzt aber noch nicht sieht, so Frau Schnittker, die erst einmal warten will bis es zur Wende kommt. Jedem Dialog verweigert man sich konsequent, der CDU-Mann Raschen antwortet einfach nicht auf Bürgerfragen. Ähnliches gilt für die Barkhausenstraße, hier ist die **Rennstrecke für den Schwerlastverkehr** zum Hafen. Gleichzeitig redet der **FDP-Mann Akkamis** aber davon, die **Alte Bürger für den Fahrzeugverkehr zu sperren**. Was soll das? Um hier auf der Straße feiern zu können? Gibt es da zunächst nicht wichtigere Maßnahmen, um Bürger zu schützen?

Was den **ÖPNV** angeht muss man leider feststellen, dass es z. B. zum **Schichtbeginn** um 6 Uhr im Hafen keine vernünftige Busverbindung gibt, eine Verbindung vom HBF zum CT1 dauert fast 40 Minuten und ist neben der Linie 506 ab Rotersand nur mit dem Linientaxi zu erreichen. Das ist ein Angebot, was niemand wahrnehmen will. So muss man sich nicht wundern, dass von den 60% der im Hafen beschäftigten Arbeitnehmern, die alle auswärtig sind, kaum jemand den ÖPNV nutzt. Damit wird die Klimawende schon im Ansatz erstickt. Es muss ein ordentliches Angebot her, die B212 ab Freigebiet muss auf eine städtische Straße zurückgestuft und der Schwerlastverkehr ausschließlich durch den Hafentunnel geleitet werden. Schön wäre es, die Idee der SPD aufzugreifen, in der Lloydstraße eine Baumallee zu schaffen. Busverkehr muss in die Columbusstraße abgeleitet werden und die gesamte Fußgängerzone muss beruhigt werden. Die Deichstraße gehört selbstverständlich zu Tempo 30 Zone.

Bremerhaven muss umgehend Mitglied in der Gemeinschaft der nun schon fast 500 Gemeinden (Lebenswerte Städte und Gemeinden) werden, die dem Klimabündnis angehören, das ist ein grundsätzlicher Anspruch für eine **selbsternannte Klimastadt**. Der Bürgermeister der 30.000 Einwohner Stadt Springe bei Hannover ist ein FDP-Mann. Er hat am 28.2.23 dem Deutschlandfunk zum Thema Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 ein Interview gegeben. Hören sie sich das mal hier an <https://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-christian-springfeld-fdp-ob-springe-zu-tempo-dlf-819bc781-100.html> - den Link können Sie so in Ihrem Browser anklicken um den Pod zu hören. Ja, der FDP-Mann hat es begriffen.

STK Mitte 27.2.23 VHS Alte Bürger um 19 Uhr – Frau Lewin von Fuss e.V. und Frau Sundermeyer von Parents FF – Die Sachlage zur Innenstadt/Verkehr wurde noch einmal gemeinschaftlich erörtert.

STK Mitte 6.3.23 um 19 Uhr in der Aula der VHS Lloydstraße – Wie weiter mit der Innenstadt - Podiumsdiskussion

Frau Gatti ist Leiterin Stabsstelle wissenschaftliche Ausbildung beim AWI und war bis zum 31.10.22 Umweltdezernentin in Bremerhaven und trat selbst zurück, weil die Koalition ihre Vorlage zum Klimaschutz in Bremerhaven eigenmächtig verändert hat. Das fanden die Fraktionen der SPD und CDU scheinbar so gut, dass sie sich über den Rücktritt noch belustigt haben. Damit war auch die letzte Frau aus dem Magistrat entfernt, Störenfriede kann man nicht brauchen, seien sie auch noch so gescheit. Das bedauert auch der BUND(Herr Guský), Klimaschutzziele will Bremerhaven einfach nicht durchsetzen. Das hier noch einmal zur Erinnerung.

Jochen Hertrampf schickt mir eine Mail zum Thema Klimawende – die Bonner Bürger haben einen Aktionsplan ausgearbeitet. Das Ergebnis kann man sich hier ansehen <https://www.bonn4future.de/de/artikel/Klima-Aktionsplan-kommt-in-den-Stadtrat> (einfach den Link anklicken)

Sie können diese Info gern an alle Interessierten weiterversenden.

Stand 28.2.223

Johannes Jasca

0160 91204322